

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

24. April 2017

Ägypten

Schusswechsel vor Kloster im Sinai

An einem Kontrollpunkt an der Straße vor dem griechisch-orthodoxen Katharinenkloster im Süden der Sinai-Halbinsel eröffneten am 18.04.17 Angreifer das Feuer auf Sicherheitskräfte. Mindestens ein Polizist kam ums Leben, drei weitere wurden nach Angaben des ägyptischen Innenministeriums verletzt. Zu der Tat bekannte sich der IS. Einem Sprecher des Klosters zufolge sollen die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt werden. Eine unmittelbare Gefährdung der Mönche bestehe nicht. Die Fahndung nach dem Täter, die mit Unterstützung örtlicher Beduinen erfolgt sei, habe zu einem Verdächtigen geführt. Als dieser damit gedroht habe, eine Sprengweste zur Explosion zu bringen, sei er von der Polizei erschossen worden. Seit seiner Gründung im 6. Jh. werde das Kloster von örtlichen Beduinen geschützt, die den Auftrag hierzu vom römischen Kaiser Justinian erhalten hätten.

Ägypten: Oase der Sicherheit

Zur bevorstehenden Reise des römisch-katholischen Papstes Franziskus nach Ägypten erklärte Tawadros II, Papst der koptisch-orthodoxen Kirche und der größten christlichen Kirche Ägyptens, gegenüber einer italienischen katholischen Nachrichtenagentur am 20.04.17, diese Reise sei wichtig, „um der Welt die Botschaft zu vermitteln: Ägypten ist noch eine Oase der Sicherheit und des Friedens.“

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Sar-i-Pul, Faryab, Balkh (Norden), Baghlan, Kunduz, Takhar (Nordosten), Ghazni, Nangarhar, Khost (Südosten), Helmand, Kandahar, Uruzgan, Zabul (Süden), Badghis, Farah, Herat (Westen), Nuristan (Osten), Kabul und Kapisa (Zentrum).



Anschläge und Übergriffe

Am 17.04.17 wurde in Kabul ein Mitarbeiter der Sicherheitskräfte bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 19.04.17 wurde der Polizeichef des Distrikts Shenkai der südlichen Provinz Zabul zusammen mit seinem Leibwächter bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 20.04.17 starben drei afghanische Soldaten und ein Zivilist bei einem Bombenanschlag im Distrikt Baharak der Provinz Badakhshan (Nordosten).

Am 21.04.17 griffen Taliban einen Stützpunkt der afghanischen Armee in der Nähe des Flughafens von Mazar-e Sharif (Provinz Balkh) an. Nachdem die Angreifer in das Gelände eingedrungen waren, töteten sie mindestens 140 Soldaten, über 160 wurden verletzt.

Drohbriefe des IS in Khost

In der vergangenen Woche tauchten in mehreren Teilen des Distrikts Sabari der Provinz Khost (Osten) Drohbriefe des IS oder Daesh auf. Die sog. Nightletters wurden an Moscheen und Geschäften angebracht. Darin wurden Operationen des IS gegen afghanische und amerikanische Sicherheitskräfte in dem Distrikt

angekündigt, die Bevölkerung um Unterstützung gebeten und Strafen für alle angekündigt, die sich dem IS widersetzen.

Steinigung wegen Ehebruch

Im Distrikt Muhammad Agha der Provinz Logar (Zentrum) wurde am 16.04.17 ein Paar wegen Ehebruchs von Taliban gesteinigt.

IS-Anhänger bei Rekrutierungsversuchen verhaftet

In der Provinz Ghor (Westen) wurden am 18.04.17 mindestens zwei afghanische Anhänger des IS (sie stammten aus den Provinzen Nimroz und Herat) verhaftet als sie versuchten, Kämpfer für den IS zu rekrutieren.

Zahl der Rückkehrer aus Pakistan steigt weiter

Nach UN-Angaben kehrten zwischen dem 01.01. und 15.04.17 6.128 registrierte Flüchtlinge aus Pakistan nach Afghanistan zurück. Die Zahl der nichtregistrierten Flüchtlinge lag bei 33.026. Im Jahr 2016 waren über 620.000 Afghanen aus Pakistan zurückgekehrt.

Albanien

Kampf gegen Drogenanbau

Albanien gilt als mit Abstand größter Hanfproduzent Europas. In Absprache mit korrupten Kommunalbeamten, Polizisten und Richtern sollen bei Produktion und Vertrieb von Drogen aus Hanf Umsätze von Milliarden Euro erzielt werden.

Die oppositionelle DP beschuldigt Regierung und Verwaltung, tief in Mafiageschäfte verstrickt zu sein. Sie behauptet, dass mit Drogengeld massiv Stimmenkauf betrieben wird, um die Parlamentswahlen im Juni zu manipulieren. Die Regierung betont jedoch, allein im letzten Jahr zwei Millionen Cannabispflanzen zerstört zu haben. Richtig ist aber auch, dass sich der Anbau trotz der staatlichen Bekämpfung deutlich ausgeweitet hat. Korruption, Armut und schwache staatliche Institutionen unterminieren den Kampf gegen die Mafia.

China

Hinrichtungen

Amnesty International hat am 11.04.17 die Jahresstatistik der weltweiten Hinrichtungen veröffentlicht. China belegt weiterhin Platz 1. Zwar gilt die Zahl der Hinrichtungen in China als Staatsgeheimnis, die Menschenrechtsorganisation schätzt sie jedoch auf mehrere tausend für das Jahr 2016. Auf Rang 2 und 3 der Statistik folgen der Iran (567) und Saudi Arabien (154).

Tibet: Selbstverbrennung

Am 15.04.17 verbrannte sich in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kardze (chin.: Ganzhi; Provinz Sichuan) ein Tibeter selbst. Dies ist nach einer Selbstverbrennung am 18.03.17 ebenfalls in Kardze der zweite Fall in 2017. Laut einer Zählung von Radio Free Asia gab es damit seit 2009 insgesamt 148 derartige Vorfälle in China.

DR Kongo

Region Kasai: Übergabe des Leichnams des Milizenführers Kamuina Nsapu an seine Familie

Am 15.04.17 gab Kongos Regierung bekannt, dass der Leichnam von Jean-Pierre Mpandi, der umstrittene traditionelle Chief mit dem Titel des Kamuina Nsapu und Anführer der gleichnamigen Miliz, seiner Familie zur Beisetzung übergeben wurde. Auch werde die Regierung dessen Nachfolger, Jacques Kabeya Ntumba, als traditionellen Chief, anerkennen. Im Gegenzug erklärte Mpandis Familie den Krieg für beendet. Damit ist zwar der Ursprungskonflikt offiziell beigelegt, jedoch ist es nach Ansicht von Beobachtern fraglich, ob auch die Gewaltakte in der Kasai-Region aufhören, da sich der Konflikt längst verselbständigt hat.

Der Konflikt begann im Jahr 2016. Damals hatten die kongolesischen Behörden die Anerkennung von Jean-Pierre Mpandi als neu ernannten traditionellen Chief einer Gruppe von Dörfern im Distrikt Dibaya (Dibataie)

der Provinz Kasai-Central verweigert. Im April 2016 kam es zu ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Anhängern Mpandis. Nach der Tötung Mpandis im August 2016 durch die Sicherheitskräfte versuchte die von ihm befehligte Miliz Kamuina Nsapu, dessen Tod zu rächen und verstärkte ihre Angriffe auf staatliche Ziele, aber auch auf Kirchen und Krankenhäuser. Der ursprünglich lokale Konflikt in der Provinz Kasai-Central weitete sich auf vier benachbarte Provinzen aus. Im Konflikt wurden bisher über 400 Personen getötet und laut Angaben der humanitären UN-Koordinationsstelle OCHA vom 12.04.17 über eine Million Menschen vertrieben, davon etwa 60 Prozent in der Provinz Kasai-Central. Laut UN-Angaben vom 19.04.17 wurden seit August 2016 von der UN in den Provinzen Kasai-Central und Kasai-Oriental 40 Massengräber dokumentiert, in denen die Sicherheitskräfte überwiegend getötete (mutmaßliche) Milizangehörige verscharrt hatten, darunter auch viele Kinder.

Kamerun

Internetzugang in englischsprachigen Regionen wiederhergestellt

Präsident Paul Biya ordnete mit Wirkung vom 20.04.17 die Wiederherstellung des Mitte Januar 2017 gekappten Internetzugangs in den englischsprachigen Regionen Süd- und Nordwest Kameruns an. Die Kappung war auf Anordnung der Regierung erfolgt vor dem Hintergrund eines im Oktober/November 2016 begonnenen Streiks der anglophonen Lehrer und Anwälte in den beiden Regionen wegen der bei Gericht und in Schulen zunehmenden Bevorzugung der französischen Amtssprache gegenüber der Englischen. Bei einer Reihe von Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen die Regierung kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Mindestens sechs Protestierende wurden getötet sowie Hunderte verhaftet.

Mali

Städte im Norden wieder unter Kontrolle der Regierung

Islamisten und Milizen haben Timbuktu und Menaka an die Regierung übergeben. Wie der Radiosender „Studio Tamani“ berichtete, seien damit die beiden letzten von Islamisten und lokalen Milizen kontrollierten Städte an die Regierung zurückgegeben worden. Ein Teil des Friedensabkommens von 2015 ist damit umgesetzt. In den vergangenen Monaten waren in mehreren Städten bereits Regierungsposten wiederbesetzt worden. Trotzdem kommt es in der Region immer wieder zu Gewalt. So starben in der 16. KW fünf malische Soldaten bei einem Angriff mutmaßlicher Dschihadisten.

Montenegro

Protest wegen Kürzung des Muttergeldes

Mehrere hundert Frauen haben im April erneut gegen die Sparmaßnahmen der Regierung, das Muttergeld bis 25 % zu kürzen, protestiert. Das Muttergeld war Anfang 2016 eingeführt worden. Eine Frau mit drei Kindern konnte monatlich mit 336 Euro rechnen, nun sind es nur noch 264 Euro.

Das Gefälle zwischen arm und reich ist in Montenegro sehr groß. Der Durchschnittsverdienst liegt bei 490 Euro, die Arbeitslosenquote bei rund 20 %. Etwa 40 % der Einwohner leben an der Armutsgrenze.

Nigeria

Boko Haram: Überfall auf Militärbasis in Borno

Am 16.04.17 gegen 18 Uhr attackierten Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram im Bundesstaat Borno die Militärbasis in der Stadt Sabon Gari, Damboa Local Government Area. Während des über eine Stunde dauernden Feuergefechtes starben mindestens drei, nach anderen Angaben acht Soldaten, Dutzende wurden verletzt. Nach der Überwältigung der Soldaten wurde die Militärbasis von den Terroristen geplündert und niedergebrannt.

Nigeria/Niger/Tschad/Kamerun

Boko Haram: Zunehmender Einsatz von Kindern als Selbstmordattentäter

Laut einem Bericht des UN-Kinderhilfswerks UNICEF vom 12.04.17 missbraucht die nigerianische Terrororganisation Boko Haram immer mehr Kinder, davon die überwiegende Mehrheit Mädchen, als Selbstmordattentäter. Allein in den ersten drei Monaten 2017 sprengten sich in Nordostnigeria sowie in den angrenzenden Nachbarländern Tschad, Niger und Kamerun 27 Kinder in die Luft (Vergleichszeitraum 2016: 9). Im gesamten Jahr 2016 zählte UNICEF 30 minderjährige Selbstmordattentäter. 2015 wurden 56 und 2014 vier Kinder als Selbstmordattentäter missbraucht.

Pakistan

Lynchmord an Studenten

Am 13.04.17 ermordete ein Mob einen Studenten der Abdul-Wali-Khan-Universität in Mardan (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) wegen des Vorwurfs, Ahmadi zu sein und Gotteslästerung begangen zu haben. Beide Vorwürfe trafen nicht zu; es wird vermutet, dass der Student wegen Kritik am Management seiner Universität umgebracht wurde. In Pakistan ist es keine Seltenheit, dass Prediger Menschenmassen mit angeblichen Blasphemievorwürfen oder Ähnlichem zu Ausschreitungen aufstacheln.

500 balochische Widerstandskämpfer ergeben sich der Regierung

Nach einer Meldung der pakistanischen Zeitung Dawn haben am 21.04.17 etwa 500 Mitglieder von bewaffneten balochischen Widerstandsgruppen ihre Waffen niedergelegt. Sie gehörten u.a. den Gruppen Baloch Republican Army (BRA), Baloch Liberation Army (BLA), Lashkar-i-Balochistan und anderen an. Sie nahmen ein Versöhnungs- und Wiedereingliederungsangebot der Regierung an, das ihnen Kompensation, Arbeitsstellen, Bildung und Sicherheit verspricht.

Philippinen

Tote bei Schusswechseln mit Terrorgruppe

Am 11.04.17 wurden bei Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und der islamistischen Terrorgruppe Abu Sayyaf auf der Urlaubsinsel Bohol mindestens neun Menschen getötet, darunter vier Sicherheitskräfte. Es wird vermutet, dass die Gruppe Urlauber entführen wollte. Unter den Getöteten befindet sich Muamar Askali, einer der wichtigsten Köpfe der Gruppe. Er soll für die Ermordung eines von Abu Sayyaf entführten Deutschen (vgl. BN v. 07.11.16), für den offenbar kein Lösegeld gezahlt wurde, im Februar 2017 verantwortlich sein. Sicherheitskräfte töteten auf Bohol am 22.04.17 in Schusswechseln mehrere nach dem Gefecht geflohene Kämpfer, darunter Joselito Melloria, eine weitere Führungsperson von Abu Sayyaf. Am 13.04.17 ermordeten die Islamisten auf der Insel Jolo eine in ihrer Gewalt befindliche Geisel, einen vier Monate zuvor entführten philippinischen Kapitän eines Fischerbootes.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Verhaftungen von Homosexuellen in Tschetschenien

Seit Ende März 2017 wurden in Russland erstmals Berichte bekannt, wonach verstärkt homosexuelle Männer Übergriffen in Tschetschenien ausgesetzt seien und Polizeikräfte des autoritär herrschenden Republikführers Ramsan Kadyrow rund 100 Männer festgenommen hätten, die als homosexuell gelten. In Untersuchungshaft sei es dabei zu Folterungen und mindestens zwei Todesfällen gekommen. Die russische Menschenrechtlerin Gannuschkina sprach in diesem Zusammenhang von einem neuen Feindbild des auf Angst und Gewalt basierenden System Kadyrows. Viele homosexuelle Tschetschenen haben in den vergangenen Wochen ihre Heimat verlassen und Zuflucht gesucht in russischen Großstädten wie Moskau und St. Petersburg. In Zentralrussland ist die Lage für Homosexuelle bei weitem nicht so bedrohlich wie aktuell in Tschetschenien, aber die Situation hat sich auch dort verschlechtert.

Russische Föderation

Landesweites Verbot der Zeugen Jehovas

Bereits seit 2009 stehen die Zeugen Jehovas im Fokus der russischen Justiz. Nachdem einige regionale Gruppen der Zeugen Jehovas bereits als eine „extremistische Organisation“ geschlossen wurden, hat das Oberste Gericht Russlands am 20.04.17 die Religionsgemeinschaft landesweit verboten. Das Gericht billigte einen Antrag des Justizministeriums, in dem die Glaubensgemeinschaft als extremistische Gruppe eingestuft wird. Die Zentrale der Gruppe und ihre 395 Regionalverbände würden nun geschlossen und ihr Besitz beschlagnahmt. Laut russischem Justizministerium bedrohten die Zeugen Jehovas die Bürgerrechte sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Außerdem verstießen sie gegen die Gesundheitsgesetze des Landes, weil sie Bluttransfusionen ablehnen. Die Zeugen Jehovas haben in Russland nach eigenen Angaben mehr als 170.000 Anhänger. Die Gemeinschaft kündigte an, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen. Die Menschenrechtsgruppe Human Rights Watch erklärte, die Gerichtsentscheidung sei ein schwerer Schlag für die Religions- und Verbandsfreiheit in Russland. Sollte die Entscheidung in Kraft treten, müssten Zeugen Jehovas mit Strafverfolgung, Geldstrafen oder gar Gefängnis rechnen.

Serbien

Tägliche Proteste gegen die Regierung

Seit der Präsidentschaftswahl am 02.04.17, die Serbiens Premier Aleksandar Vučić mit 55% gewonnen hatte (vgl. BN v. 10.04.17), protestieren jeden Abend bis zu 15.000 Menschen in verschiedenen Städten Serbiens. Die Veranstaltungen, die über die sozialen Medien initiiert werden, finden unter dem Motto „protestprotivdiktature2017“ (gegen Diktatur) statt. Einen offiziellen Veranstalter gibt es nicht, es wird auch keine bestimmte Partei unterstützt. Was zunächst ein Protest von Studierenden war, dem schließen sich inzwischen auch Gewerkschaften, Rentner und Arbeiter an. Es sind die größten Proteste seit dem Jahr 2000. Die Demonstranten fordern den Rücktritt von Vučić wegen angeblicher Wahlmanipulation, Korruption, autokratischer Machtfülle und sozialer Missstände.

Die regierungsnahen Medien ignorierten die Proteste zunächst. Mittlerweile wird der Bewegung unterstellt, von fremden Mächten gesteuert zu sein.

Somalia

Anschläge

Mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer beschossen am 18.04.17 ein Wohngebiet mit Mörsergranaten im Stadtteil Hawl Wadag von Mogadischu. Dabei wurde eine Schule getroffen. Mindestens fünf Personen kamen ums Leben, mindestens sieben weitere, darunter vier Schulkinder, wurden verletzt. Das betroffene Gebiet liegt weniger als 1,5 km von der Villa Somalia, dem Sitz des Präsidenten, entfernt. Zum Zeitpunkt des Angriffs traf sich dort Premierminister Hassan Ali Khaire mit Vertretern der somalischen Armee und der AMISOM.

Bei einem Anschlag mit einer Sprengfalle westlich von Mogadischu auf einen Konvoi von Vertretern von Hilfsorganisationen, darunter des Roten Halbmonds Dubai sowie der somalischen Regierung, wurden mehrere Personen verletzt. Die Vereinigten Arabischen Emirate verurteilten den Anschlag. Al-Shabaab lehnt die Anwesenheit von Hilfsorganisationen ab und versucht, sich selbst als Hilfeleister für die Bevölkerung zu positionieren.

Al-Shabbab-Kämpfer griffen am 20.04.17 mit zwei Sprengfallen AMISOM-Einheiten nahe Afgoi (Region Lower Shabelle) an. Nach Angaben der Extremisten gab es mehrere Tote und Verletzte.

Bei der Explosion einer Sprengfalle in einem Café in Qoryoley (Region Lower Shabelle) wurden am 21.04.17 mindestens sechs Zivilisten verletzt. Die Stadt Qoryoley ist zwischen al-Shabaab und somalischer Armee umkämpft. Nach Angaben der al-Shabaab hat sie dort am 18.04.17 eine Kaserne des somalischen Militärs eingenommen. Örtliche Amtsträger zeigten ihre Unterstützung für die Extremisten. So entließ ein Polizeikommandant am 17.04.17 fünf Kämpfer der al-Shabaab aus dem Gefängnis. Somalische Sicherheitskräfte nahmen daraufhin die Polizeistation in Qoryoley ein, um die Freilassung weiterer Gefangener zu verhindern.

Al-Shabaab-Kämpfer erschossen am 20.04.17 nahe dem Bakara Markt in Mogadischu mindestens zwei somalische Soldaten. Medien der Extremisten zufolge soll ein dritter Soldat im Stadtteil Yaqshid von Mogadischu ermordet worden sein.

Bei einem Anschlag mit einer Sprengfalle auf einen Militärkonvoi in Galgala (Region Bari, Puntland) kamen am 23.04.17 unterschiedlichen Quellen zufolge sechs oder acht Soldaten ums Leben, mehrere andere wurden verletzt. Obwohl al-Shabaab sich zu dem Anschlag bekannte ist die Urheberschaft noch ungeklärt, da auch Extremisten einer mit dem IS verbündeten Gruppierung in der Region operieren (s. u.).

Kampfhandlungen

Eine mit dem IS verbündete Gruppierung nahm am 15.04.17 für kurze Zeit ohne Reaktion der örtlichen Sicherheitskräfte die Ortschaft Dasan (Region Bari, Puntland) ein und zog sich am folgenden Tag wieder zurück. Dasan liegt etwa 25 km südlich der Stadt Qandala, die dieselbe Gruppierung von Oktober bis Dezember 2016 kontrollierte, bevor Sicherheitskräfte sie zurück eroberten. Die Gruppierung unter Führung von Abdiqadir Mumin besteht aus 100 bis 200 Kämpfern und operiert von den abgelegenen Galgala-Bergen in der Region Bari aus

Kenianische AMISOM-Einheiten griffen am 21.04.17 ein Lager der al-Shabaab nahe Badhadhe (Region Lower Juba) an, töteten 52 Extremisten und zerstörten das Lager.

Kenianische Einheiten töteten am 19.04.17 versehentlich mindestens drei Zivilisten, als sie am 19.04.17 bei dem Versuch al-Shabaab-Kämpfer auszuschalten, die Ortschaften Darulsalam und Giriley (Region Gedo) beschossen.

Dürrekrise

Nach einem Bericht der European Civil Protection and Humanitaria Aid Operations (ECHO) vom April 2017 benötigen wegen der derzeitigen Dürre in Somalia 6,2 Mio. der etwa 12 Mio. Somalier humanitäre Hilfe. Seit November 2016 wurden durch die Dürre etwa 440.000 Menschen von ihren Wohnorten vertrieben. Mehr als eine Million Kinder werden im Jahr 2017 an akuter Mangelernährung leiden. Die Zahl der Cholerafälle ist stark angestiegen. Von Januar bis März 2017 wurden 18.000 Fälle registriert (im Vergleich zu 16.000 im gesamten Jahr 2016). Zwölf der 18 Regionen des Landes sind von dem Choleraausbruch betroffen. Unter der Dürre leiden besonders Somaliland und Puntland sowie Teile Zentral- und Südsomalias.

Syrien

Anschlag auf einen Evakuierungskonvoi mit Zivilisten

Im Norden Syriens ist am 15.04.17 einer der schlimmsten Anschläge des Bürgerkriegs verübt worden. Eine Autobombe zerstörte in dem von Rebellen kontrollierten Ort Al-Raschidin westlich der Stadt Aleppo Busse mit Zivilisten, die in Sicherheit gebracht werden sollten. Unter den mehr als 120 Todesopfern waren fast 70 Kinder. Der Anschlag hatte vor allem Zivilisten aus den Orten Fua und Kafraja getroffen, die seit Stunden auf ihre Abfahrt in Bussen warteten. Noch ist unklar, wer für das Attentat verantwortlich ist. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana sprach von einem terroristischen Anschlag. Sowohl die dem IS als auch die mit Al-Kaida verbundene Fatah al-Scham haben schon Zivilisten in regierungstreuen Gegenden attackiert. Oppositionsaktivisten beschuldigten hingegen Regierungsanhänger.

Inzwischen wurde die Evakuierung mehrerer von Rebellen belagerter Städte fortgesetzt. Ein Konvoi von rund 60 Bussen mit 3.000 Menschen aus den Orten Fua und Kafraja erreichte am 19.04.17 den Kontrollpunkt Raschidin. Die Aktion zum Austausch von Zivilisten wird von den Vereinten Nationen nicht überwacht. Insgesamt sollen 30.000 Menschen in Sicherheit gebracht werden. Nach UN-Angaben leiden 600.000 Menschen in Syrien unter Belagerungen, meist durch Regierungstruppen, aber auch durch Rebellen oder den IS.

Tunesien

Abgeschobene Asylbewerber in Haft genommen

Mehreren aus Deutschland abgeschobenen Tunesiern sollen nach ihrer Rückkehr nach Tunesien Verbindungen zu Terrororganisationen vorgeworfen werden. Sofiane Sliti, Sprecher des auf Terrorfälle spezialisierten Gerichts in Tunis, sagte am Samstag der Deutschen Presseagentur, dass gegen etwa zehn Personen entsprechende Ermittlungen eingeleitet worden seien.

Vietnam

Bauern nehmen Sicherheitskräfte als Geiseln

Am 15.04.17 kam es in der Gemeinde Dong Tam in Hanois Distrikt My Duc zu Ausschreitungen zwischen Bauern und Sicherheitskräften. Die Bauern forderten eine Entschädigung für die Enteignung von Land, das einem vom Militär betriebenen Unternehmen übereignet wurde. Nachdem mehrere Protestierende festgenommen worden waren, nahmen Bauern zunächst 38 Sicherheitskräfte und weitere Personen als Geiseln, von denen sich zuletzt noch 19 in ihrer Gewalt befanden. Sie drohten, die Geiseln zu töten, sollten Sicherheitskräfte erneut gegen die Gemeinde vorgehen. Nach Vermittlungsgesprächen von Hanois Bürgermeister Nguyen Duc Chung am 22.04.17 wurden die Geiseln freigelassen. Das Anliegen der Bauern soll untersucht werden, sie sollen nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Formell gehört alles Land dem Staat. Lokale Behörden widmen häufig Land um, um es für Projekte wirtschaftlicher Entwicklung zu nutzen, was u.a. wegen Entschädigungen unter Marktwert immer wieder zu Konflikten mit der betroffenen Bevölkerung führt.

Westbalkan

Spannungen in der Region wachsen

25 Jahre nach dem Kriegeausbruch im ehemaligen Jugoslawien müht sich die internationale Gemeinschaft noch immer um Demokratisierung und Stabilisierung in den westlichen Balkanländern (Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Serbien, Montenegro und Albanien). Viele Beobachter verfolgen mit Sorge die derzeitige Lage. Die EU verliert an Attraktivität. Russland, China und die Türkei nehmen und gewinnen immer mehr Einfluss. Keines der Länder ist heute krisenfrei. Fast überall sind der ökonomische wie der demokratische Fortschritt gefährdet. Bei einer Arbeitslosigkeit junger Leute von teils bis zu 70 % denken viele an Auswanderung. Armut, Korruption, Nepotismus, Nationalismen und zunehmend auch islamistischer Fundamentalismus bedrohen den sozialen Frieden der westlichen Balkanstaaten.

Politische Instabilität prägt viele Staaten. Mazedonien steckt seit drei Jahren in einer Dauerkrise. Dort hat die Spannung zwischen der mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit nach den Wahlen im Dezember (vgl. BN v. 10.04.17) einen neuen Höhepunkt erreicht. Bosnien-Herzegowina ist tief gespalten und einem Zerfall näher als einem funktionierenden Staat. In Serbien gehen seit dem Wahlsieg von Vučić Tausende auf die Straße und demonstrieren gegen Autokratie und Diktatur (s. Informationen zu Serbien).

Zwischen Serbien und Kosovo haben seit Jahresbeginn die Spannungen wieder zugenommen.

Der albanische Premier will eine Union von Albanien und Kosovo nicht mehr ausschließen, falls sich die EU-Beitritts-Perspektive verliere. Darüber hinaus boykottiert in Albanien die Opposition die Volksvertretung. Auch in Montenegro, boykottiert die (prorussische) Opposition seit Monaten das Parlament.